

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT UND KLIMAPOLITIK

*Gotelind Alber · Diana Hummel · Ulrike Röhr ·
Meike Spitzner · Immanuel Stieß*

Viele Jahre lang wurden Klimawandel und Klimapolitik als geschlechtsneutral betrachtet. So enthalten weder die Klimarahmenkonvention von 1992 noch das Kyoto-Protokoll von 1997 Referenzen zu Gender oder Frauen. Seit einiger Zeit wird das Thema Geschlechtergerechtigkeit jedoch stärker wahrgenommen, und es hält in der internationalen Klimapolitik Einzug in Beschlüsse, Arbeitsprogramme, Workshops und Empfehlungen unter der UN-Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC).

Erstmals wurde das Geschlechterthema 2001 im UNFCCC-Prozess aufgegriffen, zunächst mit dem Fokus auf die Beteiligung von Frauen in den Gremien der Klimarahmenkonvention⁰¹ – ein Beschluss, der weitgehend folgenlos blieb. Im Laufe der folgenden Jahre wurde eine Reihe inhaltlicher Genderreferenzen in Beschlüsse und Arbeitsprogramme eingebaut: Anpassungsprogramme sollen auf einem geschlechtersensiblen und partizipatorischen Ansatz basieren, bei allen Aktivitäten im Bereich Kapazitätsentwicklung sollen Geschlechteraspekte berücksichtigt werden, und auch in allen Elementen von Artikel 6 der Klimarahmenkonvention – Bildung, Training, Fortbildung, Bewusstseinsbildung, Partizipation, Zugang zu Information – soll Gender als Querschnittsthema berücksichtigt werden.

Seit 2012 ist „Gender und Klima“ als fester Punkt auf der Tagesordnung der Vertragsstaatenkonferenzen verankert; zudem wurden weitergehende Vereinbarungen zur Geschlechterparität in Delegationen, Verhandlungsgruppen und Konsultationsmechanismen vereinbart.⁰² Auch wurden erste Schritte in Richtung einer gendersensiblen Klimapolitik verabredet. Nach vielen Jahren der Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit durch Frauenorganisationen wie GenderCC – Women for Climate Justice war dies ein großer Sprung nach vorn.

Um die Umsetzung der bisherigen Beschlüsse voranzutreiben, wurde 2014 ein zweijähriges Arbeitsprogramm, das Lima Work Programme on Gender,⁰³ verabschiedet. In der Begründung wird zum ersten Mal im UNFCCC-Prozess konstatiert, dass Gender Mainstreaming (*siehe Kasten*) in Bezug auf alle relevanten Aktivitäten unter der Konvention notwendig ist und dass gender-responsive Maßnahmen einen wichtigen Beitrag zu Erhöhung der Wirksamkeit der Klimapolitik leisten. In diesem Kontext gab es in der englischsprachigen Diskussion einen fliegenden Wechsel vom Begriff *gender-sensitive* zum Begriff *gender-responsive*. In Anlehnung an die Terminologie anderer internationaler Organisationen wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) oder UN Women, die Frauenrechtsorganisation der Vereinten Nationen, werden sie wie folgt umrissen: Während *gender-sensitive* die soziokulturellen Faktoren von Geschlechterungleichheit berücksichtigt, um die Diskriminierung nicht zu verstärken, zielt *gender-responsive* dagegen darauf ab, durch die Gestaltung von Maßnahmen aktive Beiträge zur Geschlechtergerechtigkeit zu leisten.⁰⁴ Verbindliche Vereinbarungen über die Definitionen wurden jedoch nicht getroffen, und es bleibt offen, inwieweit die gesellschaftlichen und strukturellen Ursachen der Ungleichheiten im Sinne eines transformatorischen Verständnisses behandelt werden sollen.

Die bisher genannten Beschlüsse sind Vertragsstaatenentscheidungen, deren Verbindlichkeit noch nicht abschließend geklärt ist.⁰⁵ Gender ist aber zum Beispiel auch in der Präambel des Pariser Klimaabkommens 2015 verankert, das aufgrund des Ratifizierungsverfahrens völkerrechtlich verbindlich ist. Dort wird gefordert, Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit und das Empowerment von Frauen bei allen Aktivitäten im Bereich Klimawandel zu berücksichtigen.⁰⁶

ZUM VERSTÄNDNIS VON GENDER – GESCHLECHT – GESCHLECHTERVERHÄLTNISSEN

Der Begriff „Gender“ bezeichnet das soziale Geschlecht, das im Gegensatz zum biologischen Geschlecht durch Erziehung, gesellschaftliches Rollenverständnis und Rollenzuschreibungen geprägt ist. Gender kann als eine wesentliche Kategorie betrachtet werden, die gesellschaftliche Strukturen prägt. Es ist ein gesellschaftliches Gliederungsprinzip, das Männer und Frauen in Geschlechterverhältnissen und damit verbundenen Hierarchien positioniert, das heißt, es geht immer auch um Ungleichheit und Machtverhältnisse. Im alltäglichen Miteinander werden das soziale Geschlecht sowie die persönliche Geschlechtsidentität von den Menschen selbst aktiv hergestellt und reproduziert – in der Forschung wird dies als „doing gender“ bezeichnet. „Männer“ und „Frauen“ sind zudem keine einheitlichen Gruppen, sondern unterscheiden sich beispielsweise nach Bildungsstatus, Einkommen, Versorgungs- und Lebensform.

Das seit 2000 in der gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien verankerte Prinzip des Gender Mainstreaming ist auch in der Klimapolitik umzusetzen. Hier gilt es, die Geschlechterverhältnisse in den Blick zu nehmen und die Fragen der Geschlechtergerechtigkeit mit weiteren Aspekten, etwa der ökonomischen Situation, dem Alter oder dem kulturellen Hintergrund zu verknüpfen. All dies muss auf nationaler und internationaler Ebene durch entsprechende Regelungen institutionell und politisch verankert und mit Instrumenten, wie dem Gender Impact Assessment (Gleichstellungswirkungsprüfung), unterstützt werden.

Bei der jüngsten Vertragsstaatenkonferenz im November 2017 in Bonn wurden die UNFCCC-Beschlüsse zu Gender, die sich als Aufträge an die Regierungen verstehen lassen, in Form eines Gender-Aktionsplans (Gender Action Plan) konkretisiert. Er umfasst prioritäre Handlungsfelder, zentrale Aktivitäten und Indikatoren, Zeitpläne für die Umsetzung sowie Zuständigkeiten und geschätzte Budgetaufwendungen und schließlich Mechanismen für Überprüfung und Erfolgskontrolle. Die Elemente des Plans wurden in fünf Cluster zusammengefasst: a) Kapazitätsaufbau, Wissensaustausch und Kommunikation; b) Geschlechterparität, Beteiligung und

Frauen in Führungsrollen; c) Kohärenz innerhalb der UNFCCC und mit anderen UN-Organisationen; d) gendersensible Umsetzung und Umsetzungsinstrumente; e) Monitoring und Berichterstattung.⁰⁷

Aus dem internationalen Klimaprozess leiten sich also Mandate für eine geschlechtergerechte Klimapolitik ab, die sowohl den Klimaschutz, die Anpassung an Klimaveränderungen als auch flankierende Maßnahmen wie Bildung, Information und Kapazitätsentwicklung umfassen. Häufig werden diese Vereinbarungen von den Industrieländern allerdings als ausschließlich oder zumindest in erster Linie den Globalen Süden betreffend wahrgenommen. Erst seit Kurzem werden politische Anstrengungen unternommen, die auf eine Veränderung dieser Wahrnehmung hinweisen.

FORSCHUNGSERGEBNISSE ZU GENDER UND KLIMA

Vonseiten der deutschen Umweltpolitik wird immer wieder gefordert, dass zunächst belegt werden sollte, welche forschungsbasierten Erkenntnisse zu den Wirkungen des Klimawandels und der entsprechenden Klimapolitik auf die Geschlechterverhältnisse in Deutschland und an-

01 Vgl. UNFCCC, Improving the Participation of Women in the Representation of Parties in Bodies Established Under the United Nations Framework Convention on Climate Change or the Kyoto Protocol, Decision 36/CP.7, Marrakesch 2001.

02 Vgl. UNFCCC, Promoting Gender Balance and Improving the Participation of Women in UNFCCC Negotiations and in the Representation of Parties in Bodies Established Pursuant to the Convention or the Kyoto Protocol, Decision 23/CP.18, Doha 2012.

03 Vgl. UNFCCC, Lima Work Programme on Gender, Decision 18/CP.20, Lima 2014.

04 Vgl. UNFCCC, Report on the In-Session Workshop on Gender-Responsive Climate Policy with a Focus on Mitigation Action and Technology Development and Transfer, Paris 2015.

05 Vgl. Nicky Broeckhoven, Integrating Gender into the Rio Conventions. An International Legal Perspective, Gent 2016.

06 Vgl. UNFCCC, Paris Agreement, a.O. 2015, http://unfccc.int/files/essential_background/convention/application/pdf/english_paris_agreement.pdf, S. 2.

07 Vgl. UNFCCC, Establishment of a Gender Action Plan, Decision 3/CP.23, Bonn 2017.

deren Industrieländern überhaupt vorliegen und welchen Mehrwehrt die Integration der Genderperspektiven für die Klimapolitik hat.

Wir gehen davon aus, dass jeder Aspekt des Klimawandels direkt oder indirekt genderrelevant ist: die Verursachung von Treibhausgasemissionen, die Betroffenheit durch die Folgen des Klimawandels und die Anpassung daran, der Zugang zu klimarelevanten Ressourcen wie etwa Energie- und Transportdienstleistungen, Präferenzen, Optionen und Kapazitäten zur Vermeidung von Emissionen auf der Akteursebene und letztlich die Auswirkungen politischer Interventionen zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Wirkungen des Klimawandels.

Eine Auswertung der jüngeren Fachliteratur, die im Frühjahr 2017 als Teil unseres gemeinsamen Forschungsvorhabens⁰⁸ erstellt wurde, zeigt, inwieweit sich diese Annahme durch wissenschaftliche Ergebnisse belegen lässt. Wir können im Folgenden nur ein Fragment der Literaturauswertung aus dem Bereich des Klimaschutzes wiedergeben, für eine ausführlichere Darstellung verweisen wir auf die Publikation mit sämtlichen Ergebnissen des Literaturreviews.⁰⁹

Geschlechterspezifische

Unterschiede: CO₂-Fußabdruck

In der Klimaforschung werden Genderaspekte bisher vor allem auf der Mikroebene der Haushalte analysiert, zum Beispiel im Hinblick auf den Wärme- und Strombedarf von Frauen und Männern und gegebenenfalls verbunden mit weiteren sozioökonomischen Kategorien wie Einkommen, Alter oder Bildung. Auch wird danach gefragt, ob es einen signifikanten Unterschied in den sogenannten *carbon footprints*, den durchschnittlichen Kohlenstoffemissionen, von Män-

nern und Frauen gibt. Dabei geht es nicht um Schuldzuweisungen gegenüber Individuen und deren Umweltverhalten, sondern um die zugrunde liegenden strukturellen Fragen, die auf dem Weg zu einer kohlenstoffarmen Gesellschaft bearbeitet werden müssen.

Hier zeigt sich, dass der in vielen Berechnungen deutlich höhere CO₂-Fußabdruck von Männern nachweislich aus deren Mobilitätsverhalten resultiert, das sich in größeren Autos und häufigerer Nutzung bei längeren zurückgelegten Strecken zeigt.¹⁰ *Doing gender* – das heißt, der alltägliche Prozess, in dem „Geschlecht“ als sozial folgenreiche Unterscheidung hervorgebracht und reproduziert wird (*siehe Kasten*) – spielt hier also eine erhebliche Rolle.

Je geschlechtergerechter, desto weniger CO₂-Emissionen?

Eine Untersuchung der Verbindungen zwischen dem Gleichstellungsstatus und der Größe des *carbon footprints* in mehr als hundert Ländern aller Weltregionen zeigt, dass nach dem Brutto-sozialprodukt die Gleichstellung der Geschlechter der Faktor mit den größten Wirkungen auf die Minderung von CO₂-Emissionen ist.¹¹ Ähnliche Ergebnisse liegen aus Skandinavien vor, wo Kommunen, die ihre politischen Maßnahmen weitestgehend unter Berücksichtigung möglicher genderdifferenzierter Wirkungen planen und realisieren, auch die höchsten Werte bezüglich ihres Engagements in der Klimapolitik haben – und umgekehrt.¹² Einschränkung muss aber darauf verwiesen werden, dass dabei weitere, in den Studien nicht untersuchte Faktoren eine Rolle spielen können, etwa der Energiemix bei der Stromversorgung oder auch eine vergleichsweise fortschrittlichere Haltung, die beides – die Geschlechtergleichstellung wie auch die Klimapolitik – forciert.

Auffällig ist, dass kaum eine der zumeist quantitativen Erhebungen zu Einstellungen und

⁰⁸ Das Forschungsvorhaben „Interdependente Genderaspekte der Klimapolitik. Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen Klimapolitik: Wirkungsanalyse, Interdependenzen mit anderen sozialen Kategorien, methodische Aspekte und Gestaltungsoptionen“ wird im Rahmen der Ressortforschung des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes gefördert und vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung sowie GenderCC – Women for Climate Justice umgesetzt (Laufzeit: November 2016 bis Februar 2019).

⁰⁹ Vgl. Ulrike Röhr/Gotelind Alber/Lisa Göldner, Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen Klimapolitik: Forschungsreview, Analyse internationaler Vereinbarungen, Portfolioanalyse, Dessau 2018, www.umweltbundesamt.de/publikationen/gendergerechtigkeit-als-beitrag-zu-einer.

¹⁰ Vgl. Christian Brand et al., Associations of Individual, Household and Environmental Characteristics with Carbon Dioxide Emissions from Motorised Passenger Travel, in: *Applied Energy* 104/2013, S. 158–169.

¹¹ Vgl. Christina Ergas/Richard York, Women's Status and Carbon Dioxide Emissions: A Quantitative Cross-National Analysis, in: *Social Science Research* 4/2012, S. 965–976.

¹² Vgl. Christian Dymén/Måns Andersson/Richard Langlais, Gendered Dimensions of Climate Change Response in Swedish Municipalities, in: *Local Environment* 9/2013, S. 1066–1078.

klimabezogenem Verhalten über die Unterschiede zwischen den biologischen Geschlechtern hinausgeht. Diese reichen vom immer wieder nachgewiesenen höheren Umweltbewusstsein von Frauen¹³ über die entsprechenden Verhaltensänderungen bis hin zur Bereitschaft für Klimaschutz mehr zu zahlen – trotz des durchschnittlich geringeren Einkommens von Frauen. Fragen der strukturellen Gegebenheiten und Machtverhältnisse bleiben dabei weitgehend ausgeblendet.

Die Ergebnisse der Erhebungen bieten damit weder Erkenntnisse für mögliche strukturelle Veränderungen, noch weisen sie in Richtung einer gesellschaftlichen Transformation. Forschung zu den strukturellen Hintergründen der Geschlechterdifferenzen steht, mit Ausnahme von psychologischen Ansätzen, somit weitgehend aus. Um adäquate Ergebnisse bei den Erklärungen für Unterschiede bei den Einstellungen, der Akzeptanz oder dem Verhalten im Klimaschutz- und Klimaanpassungsbereich zu erzielen, ist es daher notwendig, „Gender“ mit anderen Variablen zu messen als mit dem biologischen Geschlecht und der bipolaren Aufteilung in männlich und weiblich.¹⁴ Allerdings mangelt es bisher an Lösungsvorschlägen dafür, wie diese Variablen definiert und gemessen werden sollten.

Zwischenfazit

Die Auswertung der Fachliteratur zeigt, dass es eine substanzielle Menge von Forschungsergebnissen gibt, die die Relevanz der Geschlechterverhältnisse für alle Aspekte von Klimawandel und Klimapolitik belegen, und dass sich durch die Vielfalt und Breite der Forschungsergebnisse die Anschlussfähigkeit an klimapolitische Diskurse, Strategien, Programme und die Umsetzung von Maßnahmen deutlich verbessert hat. Allerdings zeigt sich auch, dass dabei die Treiber von Ungleichheit – und damit die genderbedingten Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels – eher selten im Mittelpunkt stehen. Ebenso wenig wird die tendenziell androzentrische Sichtweise in Institutionen und Politik thematisiert –

also die historisch geprägte Sichtweise, die Maskulinitätsmodelle zum Maßstab für „allgemeine“ Nützlichkeit erhebt und die Perspektiven auf den Klimawandel und auf die Entwicklung von Lösungsansätzen als „genderneutral“ begreift.

SIEBEN TRANSFORMATIVE GENDER-DIMENSIONEN

Um die sehr breit gefächerten Erkenntnisse zu den Genderaspekten des Klimawandels richtungssicher für die Klimapolitik und deren Umsetzung handhabbar zu machen, wurden sie anhand von sieben Gender-Dimensionen strukturiert, die im Rahmen des Projekts des Umweltbundesamtes „Genderaspekte der Klimapolitik“ auf der Grundlage bestehender Studien¹⁵ weiterentwickelt wurden. In diesen Gender-Dimensionen sehen wir eine Voraussetzung für Geschlechtergerechtigkeit in der Klimapolitik:

1. Symbolische Ordnung: Hierarchisierungen, Bedeutungszuschreibungen und -positionierungen (GD1);
2. Versorgungsökonomie/Sorgearbeit: Zuschreibung, Verteilung, Zeit, Stellenwert, Instrumentalisierung (GD2);
3. Erwerbsökonomie: horizontale und vertikale Segregation, Berufswahl, Vermögensverhältnisse (GD3);
4. Öffentliche Ressourcen/Infrastrukturen: Bereitstellung, Ausrichtung, Zugang, Gebrauchsfähigkeit (GD4);
5. Institutionalisierte Androzentrismus: Maskulinität als Maßstab, Definitionsmacht der Institutionenebene, institutionalisierte inhaltlich-kognitive implizite Genderhierarchisierungen (GD5);

¹³ Siehe die alle zwei Jahre erscheinenden Studien des Umweltbundesamtes (UBA) zum Umweltbewusstsein der Bevölkerung in Deutschland, www.umweltbundesamt.de/daten/private-haushalt-konsum/umweltbewusstsein-umweltverhalten.

¹⁴ Vgl. Chenyang Xiao/Aaron M. McCright, Explaining Gender Differences in Concern About Environmental Problems in the United States, in: *Society & Natural Resources* 11/2012, S. 1067–1084.

¹⁵ Vgl. Jeff Turner/Kerry Hamilton/Meike Spitzner, Women and Transport, Studie für das Europäische Parlament, Drucksache IP/B/TRAN/ST/2005_008 (PE 375.316), Brüssel, 26. 6. 2006; Irmgard Schultz et al., Research on Gender, the Environment and Sustainable Development. Studies on Gender Impact Assessment of the 5th Framework Programme for Research, Technical Development and Demonstration, Frankfurt/M. 2001; Mieke Verloo/Connie Roggeband, Gender Impact Assessment: The Development of a New Instrument in the Netherlands, in: *Impact Assessment* 14/1996, S. 3–20.

6. Definitions- und Gestaltungsmacht auf Akteursebene: Teilhabe an und Berücksichtigung von Genderexpertise bei Entscheidungen in Wissenschaft, Technik und Politik (GD6);

7. Körper und Gesundheit: Privatsphäre (*intimacy*), Gewaltfreiheit (GD7).

Der besondere Wert dieser Gender-Dimensionen liegt darin, dass sie Erkenntnisse für mögliche strukturelle Veränderungen bieten und in Richtung einer gesellschaftlichen Transformation weisen. Indem sie nicht auf geschlechts-hierarchisch geprägte phänomenologische Unterschiede qua biologischem Geschlecht mit gegebenenfalls nur weiteren soziodemografischen Merkmalsausprägungen fokussieren, sondern auf unsere strukturellen gesellschaftlichen Genderprobleme – also auf Ungleichheit und Machtverhältnisse erzeugende und aufrechterhaltende Faktoren –, eröffnen sie politische Gestaltungsmöglichkeiten. Erst durch diesen Fokus lassen sich strukturverändernde und wirksame politikpraktische Ansatzpunkte identifizieren, derer die Klimapolitik fast mehr noch als andere Politikbereiche bedarf.

Es sieht auf der einen Seite fast so aus, als wenn diejenige Forschung, die in den vergangenen Jahren akademisch unternommen wurde und Eingang in akademische Veröffentlichungen findet, strukturelle Zusammenhänge weitgehend negiert. Sie scheint den Bezug auf die Forschung seit den 1970er bis in die 2000er Jahre, die strukturbezogene Ansätze entwickelte, verloren zu haben. Auf der anderen Seite ist der Bedarf, Strukturen transformativ zu gestalten, angesichts der globalen existenziellen Herausforderungen des Klimawandels in der gleichen Zeit drastisch deutlicher geworden. Die transformativen Gender-Dimensionen eröffnen hier wichtige neue Perspektiven und Chancen, die zudem für die praktische politische Umsetzung und insbesondere die Anwendung des Gender Impact Assessments (GIA) in konkreten Handlungsfeldern der Klimapolitik genutzt werden können.

Welchen Weg weisen nun Erkenntnisse zu den Wirkungsmechanismen zwischen Klimapolitik und transformativen Gender-Dimensionen, wenn diese den Blick auf systemische Zusammenhänge richten und zugleich in umsetzbare

Klimapolitiken überführt werden sollen? Wie ist zum Beispiel eine klimarelevante Versorgungspolitik zu konzipieren, etwa eine Energiepolitik, die die Versorgungsökonomie als zugehörig zu Männlichkeit begreift, als Teil öffentlicher und politischer Verantwortung einschließt und versorgungsökonomische Beiträge von der Wirtschaft einfordert (GD2)? Wie kann eine entsprechende Energiepolitik aussehen, die die weiblich konnotierte Versorgungsökonomie und das Private nicht be-, sondern entlastet?¹⁶

Oder, um die Perspektive an einem anderen Beispiel zu verdeutlichen: Wie kann die Forderung der Klimapolitik nach Verkehrsvermeidung klimapolitisch durchgesetzt werden – angesichts institutionalisierter Androzentrismen,¹⁷ die das Handlungsfeld Verkehr anhand technischer Vehikel anstatt lebensweltlicher Mobilitätsbedürfnisse strukturieren (GD5)? Wie wird ihr das möglich, angesichts einer aus androzentrischen Narrativen konstruierten übergreifenden symbolischen Ordnung (GD1), die die strukturelle Erzeugung von „Verkehr“ als Erscheinungsform von Modernität und Wachstum als hinnehmbar postuliert? Wie kann Klimapolitik die symbolische Ordnung dahingehend beeinflussen, dass stattdessen Verkehrserzeugung als gesellschaftlicher Kostenversucher und als für Bürger*innen nicht zumutbar begriffen wird?

Wie kann daran anknüpfend auch auf politischer Ebene die Zukunftsfrage bearbeitet werden, wie ein Wirtschaften zugunsten einer selbstbestimmten Bewegungsfreiheit von allen Menschen aller Lebenslagen zu verwirklichen ist? Wie ist eine nachhaltige Privilegierung von Anwohner*innen und Nutzer*innen des öffentlichen Raumes und verträglicher Nahverkehrsmittel zu realisieren?

16 Zu dieser Frage entwickelte ein jüngeres Forschungsprojekt erste Ansatzpunkte, die weiterer Entwicklung bedürfen. Vgl. Meike Spitzner/Sandra Buchmüller, *Energiesuffizienz – Transformation von Energiebedarf, Versorgungsökonomie, Geschlechterverhältnissen und Suffizienz. Bericht zum emanzipativen Suffizienzansatz, zur neuen genderreflektierten Methodik und Auswertung einer Fokusgruppe, Wuppertal Report 8/2016*, <https://energiesuffizienz.files.wordpress.com/2014/06/wr8.pdf>.

17 Vgl. Meike Spitzner, *Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse – Probleme und Alternativen zu androzentrischen Konzeptionen und Dimensionierungen von Ökonomie, Ökologie und Sozialität*, in: Gaby Franger/Brigitte Sesselmann (Hrsg.), *Orte für Frauen – Stadtraum gestalten und aneignen, Frauen in der Einen Welt – Zeitschrift für interkulturelle Frauenalltagsforschung* 2/2001, S. 89–111.

Wie vergleichbare Fragen Anwendung finden (können), wird im Folgenden durch ein Beispiel aus der nationalen Klimapolitik veranschaulicht.

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT IN DER NATIONALEN KLIMAPOLITIK

Geschlechtergerechtigkeit ist auch für die nationale Klimaschutzpolitik ein verbindliches Ziel. Die Grundlagen bilden das im Grundgesetz formulierte Gleichstellungsgebot (Art 3. Abs. 2 GG) sowie das in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) verankerte Prinzip des Gender Mainstreamings. Die Umweltpolitik war eine Vorreiterin bei der Entwicklung von Instrumenten und Verfahren zur Umsetzung des Gender Mainstreamings in der Bundesrepublik.¹⁸ Allerdings werden die gleichstellungspolitischen Ziele gegenwärtig vor allem auf der Ebene der institutionellen Gleichstellungspolitik im Bundesumweltministerium oder dem Umweltbundesamt umgesetzt, etwa durch das Aufstellen von Gleichstellungsplänen und gleichstellungsrelevanten Maßnahmenkatalogen.¹⁹ Eine systematische Überprüfung der Gleichstellungsrelevanz von umwelt- und klimapolitischen Gesetzen und Maßnahmen findet bislang nicht statt.

Beispiel Hitzeschutz

Wie Klimapolitik zur Geschlechtergerechtigkeit beitragen kann, soll an einem aktuellen Beispiel aus der Klimaanpassungspolitik in Deutschland gezeigt werden. Da als Folge des Klimawandels die Häufigkeit und Dauer von Hitzewellen in Deutschland zunehmen, ist der Hitzeschutz ein wichtiges Handlungsfeld der Klimapolitik. Das Beispiel Hitzeschutz verdeutlicht, wie vielfältig die Verbindungen von Klimapolitik, Gender und Geschlechtergerechtigkeit sind.

Der Zusammenhang von Klimawandel und Gender wurde vor allem im Kontext der Aus-

wirkungen von Hitzewellen untersucht. Statistiken zeigen, dass die Sterberate von Frauen bei Hitzewellen erheblich höher ist als diejenige von Männern.²⁰ Allerdings beschränken sich Studien häufig darauf, Unterschiede zwischen den Geschlechtern festzustellen. Die Gründe für die höhere Sterblichkeit von Frauen bleiben ungeklärt oder werden pauschal auf die höhere Lebenserwartung von Frauen zurückgeführt. Neuere Untersuchungen stellen diese Erklärungen infrage und gehen davon aus, dass die physiologischen Auswirkungen von Hitzeereignissen durch soziale Faktoren beeinflusst werden. Die sozial konstruierte Zuständigkeit für Betreuung und Sorgearbeit durch Angehörige (GD2) spielt dabei eine wichtige Rolle.

Die erhöhte Mortalität von Frauen könnte demnach eine Folge der schlechteren Versorgung alleinlebender Personen sein, von der Frauen aufgrund ihrer höheren Lebenserwartung häufiger betroffen sind als Männer.²¹ Aber auch die Schlechterstellung von Frauen im Bereich der Erwerbsökonomie, wie der sogenannte Gender Gap bei Einkommen und Vermögen (GD3), spielen dabei eine Rolle. Frauen sind demnach besonders anfällig, ebenso wie weitere Personengruppen, die von der Unterstützung anderer abhängig sind. Dies betrifft vor allem Alleinlebende und Personen mit niedrigem sozioökonomischen Status.²² Soziale Isolation und der damit einhergehende fehlende Zugang zu sozialen Netzen, die Sorgearbeit gewährleisten könnten, werden generell als ein Risikofaktor angesehen, der eine erhöhte Vulnerabilität, also Anfälligkeit, gegenüber den Folgen des Klimawandels zur Folge hat.²³

Die verfügbaren Forschungsarbeiten enthalten wichtige Erkenntnisse über die komplexe Art und Weise, wie soziale Geschlechtskonstruktionen die Vulnerabilität von Frauen und Männern

18 Vgl. Doris Hayn/Irmgard Schultz, Wissenschaftliche Begleitung zur Einführung des Gender Mainstreaming in die Regelpraxis des BMU. Abschlussbericht, Frankfurt/M. 2004; Life e. V./Frauenumweltnetz (Hrsg.), Gender Mainstreaming in Deutschland. Auf dem Weg zu geschlechtergerechter Umweltpolitik in Deutschland, Frankfurt/M. 2004.

19 Vgl. Arn Sauer, Gender und Nachhaltigkeit – institutionalisierte Gleichstellungsarbeit und Gender Mainstreaming im Umweltbundesamt, in: Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft 1/2014, S. 26–43.

20 Vgl. Laurent Filleul et al., Extreme Temperatures and Mortality, in: Jerome O. Nriagu et al. (Hrsg.), Encyclopedia of Environmental Health, Burlington 2011, S. 693–699.

21 Vgl. Daniela D'Ippoliti et al., The Impact of Heat Waves on Mortality in 9 European Cities: Results from the EuroHEAT Project, in: Environmental Health 9/2010, S. 1–9.

22 Vgl. Wendy Miller/Desley Vine/Zakaria Amin, Energy Efficiency of Housing for Older Citizens: Does It Matter?, in: Energy Policy 101/2017, S. 216–224.

23 Vgl. Julia Kravchenko et al., Minimization of Heatwave Morbidity and Mortality, in: American Journal of Preventive Medicine 3/2013, S. 274–282.

unterschiedlich beeinflussen. So zeigt eine Untersuchung, dass Männer in den USA bei Hitzewellen deutlich häufiger ins Krankenhaus eingeliefert werden als Frauen und bevorzugt medizinisch behandelt werden (GD7).²⁴ Hier liegt es nahe, dass die geschlechtsspezifische Zuschreibung der Sorgearbeit (GD2) dazu führt, dass Männer eine bessere Versorgung durch Angehörige und Freunde erfahren; beispielsweise rufen Frauen eher Krankenwagen für Männer als umgekehrt. Geschlechtsspezifische Rollenerwartungen und Tätigkeitsmuster (GD1) können sich aber auch negativ auf die Vulnerabilität von Männern auswirken. Nach Angaben der WHO sind Männer bei heißem Wetter aktiver als Frauen und sterben deshalb eher durch einen Hitzschlag.²⁵

Folgerungen für die politische Praxis

Welche Folgerungen sich daraus für eine geschlechtergerechte Klimapolitik ergeben, lässt sich an einem aktuellen Beispiel verdeutlichen. Hitzeaktionspläne²⁶ sind ein Instrument des vorsorgenden Hitzeschutzes, mit deren Hilfe negative gesundheitliche Auswirkungen von Hitzewellen möglichst vermieden werden sollen (GD7).

Bei der Definition der Zielgruppen von Maßnahmen von Hitzeaktionsplänen sollte darauf geachtet werden, dass die Auswirkungen von sommerlichen Hitzewellen nicht nur durch physiologische, sondern auch durch soziale Faktoren beeinflusst werden. Bei der Definition der Zielgruppen von Hitzeaktionsplänen sind daher nicht allein physiologische Kriterien, wie Alter, Pflegebedürftigkeit oder chronische Krankheit zu berücksichtigen. Vielmehr sollte auch die häusliche Situation, zum Beispiel das Vorhandensein pflegender Angehöriger (GD2) oder die Art der Tätigkeit beachtet werden, da im Freien körperlich schwer arbeitende Menschen ebenfalls besonders gefährdet sind.

²⁴ Vgl. Michael T. Schmeltz et al., Identifying Individual Risk Factors and Documenting the Pattern of Heat-Related Illness Through Analyses of Hospitalization and Patterns of Household Cooling, in: *PLoS One* 3/2015, <http://journals.plos.org/plosone/article/file?id=10.1371/journal.pone.0118958&type=printable>.

²⁵ Vgl. World Health Organisation (WHO), *Gender, Climate Change and Health*, Genf 2014.

²⁶ Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), *Handlungsempfehlungen für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen zum Schutz der menschlichen Gesundheit*, Bonn 2017.

Die unterschiedlichen Lebenssituationen von Männern und Frauen spielen auch hier eine wichtige Rolle: So sollte bei konkreten Pflege- und Betreuungsmaßnahmen beispielsweise die höhere Vulnerabilität von älteren alleinlebenden Personen berücksichtigt werden, bei denen Frauen die Mehrzahl bilden (GD4). Auch bei der Ansprache dieser Zielgruppen sollten die unterschiedlichen Lebenssituationen berücksichtigt werden.

Die Umsetzung von Hitzeaktionsplänen erfolgt durch Netzwerke auf kommunaler Ebene, die geeignete Pläne erarbeiten und aktiv Maßnahmen einleiten sollen. Diese Netzwerke umfassen zuständige Stellen der kommunalen Verwaltung, Organisationen und Einrichtungen des Katastrophenschutzes (Feuerwehr, Rettungsdienste) und des Gesundheitswesens sowie Pflege- und Erziehungseinrichtungen. In diesen Netzwerken sind neben männlich dominierten Berufsgruppen auch solche Berufe repräsentiert, die eher weiblich konnotiert sind (GD3). Bei der Festlegung von Entscheidungsstrukturen und der Aufgabenteilung im Netzwerk ist darauf zu achten, dass keine geschlechterhierarchisierenden Zuschreibungen erfolgen (GD6).

Zudem sollte bei der internen Kommunikation und in der öffentlichen Berichterstattung eine an tradierten Geschlechtervorstellungen orientierte Zuschreibung von Aufgaben und Tätigkeiten vermieden werden (GD1).²⁷ Bei der Zuweisung von Aufgaben und der Aufstellung von Dienstplänen (GD5) sollte berücksichtigt werden, dass in den überwiegend von Frauen ausgeübten Pflegeberufen häufig eine Doppelbelastung durch berufliche Aufgaben und die Zuständigkeit für die Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen besteht, die gerade in Krisensituationen (sommerliche Hitzeereignisse) zu einer Überlastung führen kann.

Für die Bewältigung von Hitzeereignissen spielen neben verhaltensbezogenen auch bauliche Maßnahmen eine wichtige Rolle. So schützt eine gute Gebäudedämmung nicht nur vor Kälte, sondern kann auch einer sommerlichen Überhitzung entgegenwirken. Untersuchungen zum Thema Energiearmut haben gezeigt, dass Bevölkerungsgruppen mit mehrfachen Benachteiligungen (zum Beispiel durch geringe Einkommen

²⁷ Vgl. Doris Damyanovic et al., *GIAKlim – Gender Impact Assessment im Kontext der Klimawandelanpassung und Naturgefahren*, Endbericht von StartClim2013, Wien 2014.

und Migrationshintergrund) häufig in Stadtquartieren leben, die einen schlechten energetischen Gebäudestandard aufweisen.²⁸ Maßnahmen zum Hitzeschutz sollten daher nicht nur am Ziel der Geschlechtergerechtigkeit ausgerichtet sein, sondern auch weitere Formen der sozialen Benachteiligung berücksichtigen (GD4). Planerische Maßnahmen zum verbesserten Hitzeschutz (GD5) sollten zum Beispiel einen besonderen Schwerpunkt auf Gebiete mit einkommensschwachen Haushalten und einer schlechten Gebäudequalität legen.

FAZIT

In der internationalen Klimapolitik wird zunehmend anerkannt, dass Klimawandel und Geschlechtergerechtigkeit in einem engen Zusammenhang stehen. Im Unterschied zu Ländern des Globalen Südens findet die Bedeutung der Geschlechterverhältnisse für eine effektive Klimapolitik in Industrieländern erst seit Kurzem mehr Beachtung. Eine Vielzahl von Studien belegt auch für Länder des Globalen Nordens die Relevanz der Geschlechterverhältnisse für Klimawandel und Klimapolitik, doch werden strukturelle Bedingungen und Machtverhältnisse nur wenig thematisiert.

Entlang der sieben Gender-Dimensionen lassen sich Voraussetzungen gesellschaftlicher Transformation differenziert betrachten. Das Beispiel Hitzeschutz verdeutlicht, dass die Auswirkungen des Klimawandels auch in den Ländern des Nordens durch die Geschlechterverhältnisse beeinflusst werden. Davon betroffen sind eine Vielzahl unterschiedlicher, in den Gender-Dimensionen adressierter Bereiche wie die Organisation der Erwerbs- und Sorgearbeit, der Zugang zu Ressourcen, Gesundheitsvorsorge oder politische Beteiligung.

Die Klimapolitik kann daher einen wichtigen Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit und zum Abbau von Geschlechterhierarchien leisten und durch die Berücksichtigung von Genderaspekten zugleich ihre gesellschaftliche Wirksamkeit verbessern. Bisher wird dieses Potenzial erst in

Ansätzen genutzt. In Abstimmung mit dem Umweltbundesamt wird derzeit in unserem gemeinsamen Forschungsvorhaben ein neues Instrument des Gender Impact Assessment entwickelt, das dazu dienen soll, die Integration der Genderperspektive für die Planenden von klimapolitischen Programmen und Maßnahmen handhabbarer zu machen.

GOTELIND ALBER

ist Diplom-Physikerin und Mitgründerin sowie Vorstandsmitglied des globalen Netzwerks GenderCC – Women for Climate Justice.
www.gotelind-alber.eu

DIANA HUMMEL

ist promovierte und habilitierte Politikwissenschaftlerin und Mitglied der Institutsleitung am ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung.
hummel@isoe.de

ULRIKE RÖHR

ist Bauingenieurin und Soziologin sowie Vorstandsmitglied des globalen Netzwerks GenderCC – Women for Climate Justice.
u.roehr@gendercc.net

MEIKE SPITZNER

ist Sozialwissenschaftlerin, Projektleiterin der Abteilung „Energie-, Verkehrs- und Klimapolitik“ und wissenschaftliche Koordinatorin „Gender“ am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.
meike.spitzner@wupperinst.org

IMMANUEL STIEß

ist promovierter Sozial- und Planungswissenschaftler und leitet am ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung den Forschungsschwerpunkt Energie und Klimaschutz im Alltag.
stiess@isoe.de

²⁸ Vgl. Karin Großmann, Energiearmut als multiple Deprivation vor dem Hintergrund diskriminierender Systeme, in: dies./André Schaffrin/Christian Smigiel (Hrsg.), Energie und soziale Ungleichheit. Zur gesellschaftlichen Dimension der Energiewende in Deutschland und Europa, Wiesbaden 2017, S. 55–78.

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 4. Mai 2018

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel
Christina Lotter (Volontärin)
Johannes Piepenbrink (verantwortlich für diese Ausgabe)
Anne Seibring
Lisa Stein (Praktikantin)
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
fazit-com@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar;
sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter
einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine
Bearbeitung 3.0 Deutschland.

APuZ
Nächste Ausgabe
24/2018, 11. Juni 2018
**KRANKHEIT UND
GESELLSCHAFT**